

Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 1ten u. 3ten Monat und auf den 5ten Monat besonders angenommen, im Kgr. Sachsen u. Kräh. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Der Volksstaat

Erscheint in Leipzig Mittwoch, Freitag, Sonntag. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Filial-Expeditionen für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken, N. J. Wm. Ueber's, 409 Maystr. Chicago, Ill. Peter Haj, 8. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abfassung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreispaltige Zeit-Beile berechnet.

Nr. 88. Freitag, 31. Juli. 1874.

Die Presse und die Arbeiter.

Unter diesem Titel bringt die „New Yorker Arbeiterzeitung“ vom 1. d. M. (Nr. 18) einen Artikel, den wir, mit Weglassung einer einzigen Stelle von rein lokaler Bedeutung vollständig zum Abdruck bringen, da er in mancherlei Hinsicht sehr belehrend ist, und eine Frage behandelt, die auch für uns ein hohes Interesse hat. Bedenfalls ersehen unsere Leser daraus, daß die Corruption der heutigen Presse ein Ausfluß der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, und keines Reptilienfonds bedarf, um zur vollsten Entwicklung zu kommen. Der Artikel lautet:

Wie im bürgerlichen Staat des ehemaligen Schacherjuden Sprichwort: „Es ist leichter ein Groschen erhandelt als ein Kreuzer erarbeitet,“ in immer stärkerem Maße zur Praxis gelangt, kommt auch die offene und direkte Bezahlung, oder der reelle Kauf, immer mehr ab und an dessen Stelle treten die Prüfunde, das „Schlämpchen des Amtchens“, das was nebenbei gemacht werden kann. Wir dürfen nur die Aemter in den Ver. Staaten betrachten, z. B. das Präsidentenamt. Jeder weiß, daß der Gehalt, den dieses Amt einträgt, für die Ausgaben und den Luxus, die dadurch bedingt sind, nicht ausreicht, kein Mensch denkt es daher dem Inhaber dieses Amtes, wenn er diese Kosten und was daneben noch gemacht werden muß, sich auf andere Weise und hinter dem Rücken des Volkes nimmt. Dieser eine Fall ist aber nur eine Illustration aller anderen, bis herab zum Nachwächter. Nicht besser ist es im alltäglichen Verkehr. Anpreisungen und markt-schreierische Annoncen müssen die Güte der Waaren ersehen. Man ausgeprägtesten aber tritt das bürgerliche Unwesen in der öffentlichen Presse zu Tage; hier findet man sehr bald heraus, auf welche Grundlagen diese moderne Gesellschaft sich gebettet. Das Zeitungsgewerbe dehnt sich mit jedem Tage mehr aus, es wird nicht nur ein Bedürfnis für Jeden, es gehört mit zur Mode, eine Zeitung zu halten; Jeder will sich, wenn auch nicht über das tiefere Wesen, so doch über die Oberflächlichkeit der menschlichen Gesellschaft unterrichten, aber dieser Unterricht muß so billig wie möglich sein. Je billiger daher eine Zeitung ist, desto mehr kaufstüchtige Leser bekommt sie. Nun sollte doch Jeder wissen, wie unmöglich es ist, für einen oder auch drei Cents*) ein Tagesblatt, oder für fünf Cents ein Wochenblatt zu liefern, wenn er irgend eine Idee von der Herstellungskosten hat.

Ein bürgerliches Blatt ist über die Schwierigkeiten dieser Herstellungskosten bald hinweg, da gibt es keine Scrupel und Bedenken. Ein solches Blatt greift erstens zu den Geschäftsanzeigen, kommen selbige nicht von selbst, dann werden Agenten ausgesandt zur Herbeischaffung derselben; ein zweites einträgliches Geschäft ist der Arbeitsmarkt, der aber selbstverständlich nur solchen Blättern zugänglich ist, die bereits eine starke Verbreitung erlangt haben.

Ein dritter Zuschuß kommt in Betracht, und das ist wohl der wichtigste; er besteht in den Corporations- und Regierungs-Anzeigen. Allerdings fällt dabei ins Gewicht, inwiefern die Verleger solcher Blätter schamlos und prinzipios sind, wenn sie die Regierung besitz, die sich am treffendsten in „Gefinnungs-Lumpelei“ ausdrückt. In einem solchen Falle vermehrt sich die Einkünfte der Zeitung auch noch durch die mit einer Wahlklausel verbundenen Nebengeschäfte.

Dies sind die nothwendigen Bedingungen des Gedeihens, der Existenz der billigen Tagesblätter. Die bürgerlichen Wochenblätter, so umfangreich sie auch sein mögen, sie sind mit Anpreisungen so überladen, daß man oft kaum einen Text findet, und das viele Papier, das die Leser so gerne kaufen, ist oft ebenso teuer oder so billig, als ob sie es in Ann Street bei den Händlern in „Altem Papier“ gekauft hätten.

In welchem Verhältnis stehen nun die Arbeiterblätter? Ein Arbeiterblatt hat keine Annoncen, höchstens nur solche, die ihm von den wenigen Arbeitervereinen zukommen; dieselben müssen aber billiger berechnet sein. Ein Arbeiterblatt soll und kann keine Annoncen haben, weil es durch seine, die ganzen gesellschaftlichen Verhältnisse kritisirende Stellung, auch gegen den Annoncenschwimbel keine Felde ziehen muß. Der Annoncengeber will einen Puff für sein Geld, statt dessen findet er eine Kritik; er gibt daher die Anzeige, wo sie hingehört, zur Lumpenpresse. Daß unter solchen Umständen ein Tagesblatt im Sinne der Arbeiter in Amerika eine Unmöglichkeit ist (Das ist doch wohl zu viel gesagt. R. v. B.), begreift wohl Jeder, denn die Betriebskosten können aus den 2 Cts. per Nummer, die durch den Vertrieb (Agentengebühren) auf 2 Cts. sinken, ohne sonstige Einnahmen nicht aufgebracht werden.

Wir haben daher bis jetzt alle Versuche, ein tägliches, wirkliches Arbeiterblatt zu schaffen, scheitern.

An den wöchentlichen Arbeiterblättern in Deutschland lernen wir, wie viel Unterstützung aus der Parteikasse noch nöthig ist, um Wochenblätter zu unterhalten. Die Opferwilligkeit dort kann nicht als anerkannt werden, sie ist den Arbeitern aller Länder zu wünschen. Daß hier der Unterhalt von Arbeiter-Wochenblättern nicht billiger, wohl aber theurer zu stehen kommt, braucht nicht gesagt zu werden. Daß es auch hier nöthig ist, wie ja auch schon geschehen, dem Blatte andern Zuschuß zukommen zu lassen, ist nur, wie unsere Stellung hier keine andere ist, wie die der Arbeiter aller Länder. Was unbedachtlicher Weise zum Schaden des Arbeiterblattes geschieht, davon wollen wir nicht sprechen, denn wir haben nur die Verhältnisse allein, auch das Klima (?) wirkt auf die menschlichen demoralisirend. So kommt es, daß Viele dasjenige für

persönliches Recht halten, was die Arbeiter in Deutschland sich nicht nur schämen zu thun, sondern es zu einem Verbrechen stempeln würden.

Daß die Zerfahrenheit der Arbeiterbewegung, sowie die bürgerliche Lumpenfreiheit auch ihre Wirkung dabei üben, ist nicht zu leugnen, doch kann ein gesunder Kern, der sich seiner selbst bewußt ist, gemeinsam und energisch handelt, über alle diese Schwierigkeiten hinwegkommen, wenn er zur rechten Zeit und bestimmt diejenigen Schritte thut, durch deren Ausführung dem Blatte dasjenige wieder zugeführt wird, was ihm schändlicher Weise durch vergleichene Manipulationen entzogen wird.

Darum, ihr einsichtsvollen Arbeiter, steht Alle fest zusammen, wir werden dies Alles überwinden. Muth, Ausdauer und einziges Handeln, das sei unsere Kampfsparole.

Deutsche Professorengründlichkeit.

Im Spezial-Supplementband zum Meyer'schen (besten deutschen) Conversationslexicon (1873) finde ich bei flüchtigem Durchstöbern des Artikels „Internationale“ folgende Absurditäten und Unwahrheiten:

1) Seite 372, Spalte 1: „Karl Marx hat es auch versucht, die der Internationale angehörenden deutschen Arbeiter gegen ihr eigenes Vaterland zu hegen, indem er in einem wüthenden im Januar 1871 erlassenen Manifeste behauptet, daß Frankreich nicht nur für seine nationale Unabhängigkeit, sondern auch für die Freiheit Deutschlands kämpfe.“

Weber hat Marx im Januar 1871 ein Manifest erlassen oder mitunterzeichnet, noch hat er jemals behauptet, daß Frankreich „für die Freiheit Deutschlands kämpfe“. Im Sinne hätte der Gelehrte des Lexicons wahrscheinlich das Marx'sche Manifest „der Bürgerkrieg in Frankreich“ vom Juni 1871, in welchem allerdings der Pariser Kommune nachgesagt wird, daß sie für die Freiheit aller Völker (und nicht bloß Deutschlands) gekämpft habe, nicht aber Frankreich im Kriege gegen Deutschland.

2) Ebenfalls. Spalte 2: „In England zählte die Internationale 1871 8000 beitragszahlende Mitglieder, nach der Angabe, die der Sekretär des Generalraths, John Hales, dem Minister des Innern machte.“ Wann und wo die diesbezügliche Unterredung stattgefunden, ist nicht gemeldet. Sie fand nämlich nie statt. Die betreffende Angabe wurde einfach in einem Zeitungsartikel gemacht.

3) „Das bedeutendste Organ der Internationalen in Belgien ist die gut redigirte Brüsseler „Liberté“ — De gustibus etc. — Die „Liberté“ war nie Organ der Internationalen, sondern der belgischen Proudhonisten. Uebrigens ist dieser Satz aus einem bekannten Buch nur abgeschrieben; der Verf. hat nie die „Liberté“ vor Augen gehabt.

4) Seite 373, Spalte 1: „La Solidaridad“ zu Madrid gilt für das offizielle Organ des Generalraths.“ — Unwahr. Der Generalrath hatte in Spanien kein offizielles Organ und konnte es nicht haben. Für die spanische Föderation war das offizielle Blatt die „Emancipacion“, während die „Solidaridad“ bakuninistisch war.

5) „In Deutschland ist die Mitgliedschaft der Internationalen gesetzlich nicht gestattet.“ — „Deutschland“, d. h. Leipzig und angrenzende Dorfschaften — sonst ist die Internationale nirgends in „Deutschland“ verboten.

6) „Die Redakteure der (Wiener) „Volksstimme“ wurden 1870 wegen Beitritt zur Internationale bestraft.“ — Damals hieß das Blatt längst „Volkswille“ und Anfang 1871 wurde das Urtel cassirt. Der Verf. hat nicht die mindeste Sachkenntniß von dem, was er beschreiben will.

7) Seite 374, Spalte 1: „In dem provisorischen Generalrath der Internationale befanden sich 2 Polen, Zabicki und Wolsynski, durch deren Thätigkeit sich alsbald polnische Bureaus in Paris, Brüssel, Genf und Posen bildeten.“ — Ich möchte wissen, wer das „Bureau“ in „Posen“ repräsentirt hat, wo der „Volksstaat“ jahrelang nur einen Abonnenten hatte und zwar — einen Deutschen. Und die Posener Polen verstehen alle deutsch!

8) Spalte 2: „In New-York hat die neunte Sektion den Apostel der „freien Liebe zum Vorkand und die bekannten Verfasserinnen der „Weiberrechte.“ — Sektion 12 (der Madames Woodhull und Claflin) ist gemeint, die im Haag (1872) ausgeschlossen wurde, nachdem sie lange vorher schon suspendirt war.“

9) „In Amerika soll der Bund jetzt 50 Sektionen zählen, ausschließlich Arbeiter der niedrigsten Gattung und darunter „Rowdies“, „Gesinde.“ — Natürlich! Nur die hochstehenden Staatskassendiebe des Tammany-Rings sind ansässige Leute.

10) „Die Arbeitslöhne (in Amerika) sind gut; es bedurfte bisher der Strikes kaum.“ — Ob der Mann wohl je eine amerikanische Zeitung in der Hand gehabt, oder auch nur eine sozialistische Deutschlands?

11) „Als Kuriosum möge noch die Ausbreitung der Internationalen in China, von der ihre Journale mit Stolz berichten (!), nicht unerwähnt bleiben. Es soll sich hier angeblich eine ungeheure Assoziation, „die Tinto Hug“, die brüderliche Gesellschaft des Himmels und der Erde, gebildet haben, die sich mit Riesenschritten über China, Tibet und Indien verbreite. In ihrem in gutem Französisch uns vorliegenden (?) Manifeste erklärt die „Tinto Hug“ sich vom höchsten Wesen (!) berufen, den kläglichen Kontrast zwischen Reichthum und Armuth zu vernichten. Das Manifest unterscheidet sich in Nichts (!) von andern französischen Publikationen dieses Genres, und die „Egalité“ (!), welche es mittheilt und den Bestrebungen der Internationale iden-

tisch erklärt, berichtet (!), daß der Generalrath mit dem „Tinto Hug“ bereits Verbindungen angeknüpft habe (!).“

Natürlich erlogen von A bis Z! Auch nicht eine Silbe dieser ganzen Währ läßt sich auf ein uns bekanntes Faktum zurückführen. Die Redaktion der „Egalité“ mag selber aufklären, was es mit der ihr aufgebürdeten Geschichte für eine Bewandniß habe. —

12) Seite 371, Spalte 1 (Haager Congreß): „Die Bürger Guillaume und nach ihm Engels wollen vom Arbeiterstaat ebensowenig etwas wissen wie vom jetzigen Bourgeoisstaat.“ — Gerade Engels aber ist es, der seit Jahr und Tag in der sozialistischen Presse (ebensowie auf dem Haager Congreß) der sinnlosen Staats-Abschaffungsaktion der Bakunisten (Guillaume und Gen.) aufs Entschiedenste entgegen getreten ist.

13) Seite 32, Spalte 2 wird Bakunin's „atheistisches Programm“ — trotz der zahlreichen seitens des Generalraths bereits dagegen erlassenen offiziellen Dementis — als ein Schriftstück des „dirigirenden Comités“ der Internationalen bezeichnet. —

Ran steht zur Genüge, der Zusammenstoppler hat die sozialistische Zeitungs- und Broschürenliteratur nie eines Anblickes gewürdigt, sondern aus lauter obstrukten Pamphleten geschöpft. Zum Ueberfluß beschneigt er diese unsere Wahrnehmung, denn am Schluß des Artikels bezeichnet er als seine Quellen: Testut — dessen Glaubwürdigkeit nicht einmal der Speyerer Jäger in seinem Buche über den „modernen Sozialismus“ vertreten mag —, Biletard (Verfasser einer jammervollen Eigenschrift über die Internationale) und schließlich „die angekündigte, von der „Königlichen Zeitung“ im Auszuge mitgetheilte, anonyme, anscheinend sehr zuverlässige Schrift: Zur Geschichte der Internationalen von M. B. Leipzig, 1872.“ — Also auf diese drei Schmierbücher stützt sich der Mann, darunter auf eine „anonyme, anscheinend sehr zuverlässige.“ — Eichhoff's authentische Darstellung, den „Vorboten“ und vergleichen sogar die offiziellen Erlasse des Generalraths und der Föderalräthe, also die echten Quellen sind ihm nicht einmal dem Namen nach bekannt. —

Es erheischt nun bloß noch, den Namen des Verfassers zu ermitteln und der Dessenlichkeit zu denutziren. Nach dem Prosopete, laut welchem die Staatswissenschaftsartikel verfaßt sind von Prof. Hausbofer in München, Prof. Emminghaus in Gotha, Dr. Kirbach in Blaun, Dr. Gensel in Leipzig, Prof. Klostermann in Bonn, Dr. Baumbach in Saalfeld, Dr. Döhr in Dresden, Dr. Augener in Teplitz, Dr. Rentsch in Dresden, Dr. Knapp in Leipzig, — kann nur einer der genannten 10 Herren den Artikel über die „Internationale“ verfaßt haben. Welcher von den zehn? Das können wir vorläufig nur ahnen, nicht aber bestimmt sagen. A. S.

(Auch der Aufsatz „Arbeit“, Bd. I, Heft 13, S. 817 ff. enthält nach den Mittheilungen eines Correspondenten „haarsträubende Blödsinn“, und die uns überfandten Auszüge rechtfertigen allerdings diese Bezeichnung. R. v. B.)

Politische Uebersicht.

— Reingefallen. Correspondirte und telegraphirte („Nägen wie telegraphirt“, sagt Bismarck) das Reptilienpress-Gesinde vor einigen Tagen in alle Welt hinaus, bei den Duednauer Krawallern seien Moskische Aufrufe an die Landbevölkerung gefunden worden. Herr „de“ Grahl, schnorantischer Angedenkens, brachte sogar ganz genaue, natürlich haarsträubende Details. Und nun schreibt die (allliberale, d. h. noch nicht völlig im Sumpf des National-liberalismus versunkene) „Königsberger Hartung'sche Zeitung“: „Die Enthüllungen, welche die „Ostpreussische Zeitung“ (Herr „de“ Grahl) neulich darüber machte (und welche die Bismarck'sche Presse und Wolff's Telegraphenbureau pflichtschuldigst verbreitete), um zu beweisen, daß die Unruhen in der That den Agitationen der Sozialdemokraten zuzuschreiben seien, haben ganz und gar keinen Bezug auf die Duednauer Affaire. Die Vertheilung jener sozialdemokratischen Schriften, welche das fragl. Blatt jetzt abdruckte, erfolgte vor längerer Zeit in Schönfließ, bei der Gelegenheit, als hiesige Sozialdemokraten dortselbst eine Versammlung abhalten wollten, aber polizeilicherseits daran gehindert wurden. Merkwürdigerweise haben diese die Bewohner des sehr nahe bei Königsberg liegenden Schönfließ vollständig kalt gelassen, aber die Duednauer, welche diese Schriften nicht empfangen haben, zur Revolte aufgestachelt!!! Wir haben durch verschiedentlich bei Leuten aus Duednau und der Umgegend gehaltene Nachfragen, ob unter sie derartige Schriften vertheilt worden sind, immer nur eine verneinende Antwort erhalten. Viele begriffen nicht einmal, was unsere Frage eigentlich bedeuten sollte. Nur vorgestern noch, als wiederum das Inquisitoriatgebäude von Weibern umlagert worden war, welche gekommen, um nur ihre eingekerkerten Männer zu sehen, da sie gehört, daß sie an dem Tage vernommen werden sollten, unterhielten wir uns mit einigen und hörten den allen Unsinns, der den Leuten eingebläut worden ist: daß der König von der Fortschrittspartei gezwungen worden sei, die neuen Befehle zu unterschreiben, daß man ihnen die Religion rauben wolle, ja, stützten Einige hinzu: es wäre großes Unrecht geschehen, daß Militär gegen ihre Männer ausgerufen worden, denn der König habe bestimmt, daß innerhalb 5 Jahren dem Gutsbesitzer kein militärischer Schutz werden solle. Eine der Frauen fragte uns, ob es denn wahr sei, daß die Ehen jetzt nach Belieben des Einzelnen ohne Weiteres wieder aufgehoben werden könnten. Die gute Frau meinte also, die Civilehe sei eine Ehe auf Kündigung! Welcher Wind den Leuten solche Absurditäten zuwehrt, ist wahrlich nicht schwer zu sagen; sozialdemokratischer Wind ist es sicherlich nicht.“

*) Cent, der hundertste Theil eines Dollars. Hier liegt eine Ungenauigkeit vor. Wir haben keine Wochenblätter mehr, die Unterstützung aus der Parteikasse erheischen. R. v. B.

So die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“. Wenn wir die Notiz unverkürzt mittheilen, so geschieht das nicht, weil wir der Frage: ob in Quedlinburg sozialdemokratische Broschüren gefunden worden sind oder nicht, irgend welche juristische Bedeutung beilegen — juristisch wäre ein solcher Fund ebenso irrelevant, als der heillosig sehr wahrscheinliche Fund von Gesangbüchern, Bibeln und Katechismen — wir hielten es aber für zweckmäßig, ein so gewichtiges kulturhistorisches Zeugniß in seiner ganzen Andebnung zu geben. Mögen sich unsere Feinde nun die Zähne zerbrechen an der harten Nuß: daß wo sozialdemokratische Broschüren vertheilt wurden, kein Kravall ausbrach, hingegen wo das „sozialdemokratische Gift“ nicht hingedrungen ist und Pfaffen und Königstreue unbeschränkt herrschen, Erfolge stattgehabt haben. Und Sie Herr Stieber, merken Sie sich's ein für allemal: Sozialdemokraten machen keine Putzsch; und lassen sich auch zu keinen Putzsch gebrauchen. Nicht schade, — nicht wahr, Herr Stieber?

— Wir hören von neuen Landarbeiterkrawallen in Ostpreußen. Nach einem Bericht der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ hatten in Willkühnen bei Balduin Tumulte statt; es mußte Militär von Königsberg durch den Landrath requirirt werden und rückte am 22. d. eine Abtheilung von 70 Cuirassieren nach dem Schauplatz der Unruhen“. Mit dieser Kurmethode wird man freilich nicht weit kommen; durch Cuirassaden läßt sich das Streben nach menschenwürdiger Existenz ebenso wenig unterdrücken als seinerzeit durch Dragonaden das Streben nach Gewissensfreiheit. Man gießt nur Del ins Feuer und reizt, statt zu beschwichtigen.

— „Rothhäute“. Wer erinnert sich nicht mehr des Staunens, das alle vernünftigen Leute erfaßte, als man eines Tages las, daß das bekannte Gespräch des „genialen“ Bismarck mit dem ungarischen Romanfabrikanten Maurus Jokai, in welchem Bismarck die Franzosen als „Rothhäute“ bezeichnete, nicht eine Erfindung der „Berliner Wespen“, sondern auf Thatsachen gegründet war? Was der „Löwe“ einst in einer schwachen Stunde gesagt, heult heute unter der Löwenhaut der Affenpinscher oder was sonst darunter stecken mag — kurz „unser“ Braun, noch einmal nachträglich in seiner „Spener'schen Zeitung“ dem geduldrigen Publikum vor, und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bemüht sich, das Scheul ihres Reptilienbruders als „gewichtige Stimme“ gleichfalls im Druck zu verewigen. Da heulen sie im Chorus:

„Rothhäute!“
Diesen Ausdruck soll in Betreff des wilden und blutdürstigen Charakters, welcher bei einer Nachbarnation zuweilen zu Tage tritt, der Kanzler des deutschen Reichs in einer vertraulichen Privatunterredung mit Jokai Már, dem berühmten ungarischen Dichter, Publizisten und Politiker, gebraucht haben.

Leider müssen wir uns im gegenwärtigen Augenblick die beschämende Frage vorlegen, ob dieser Ausdruck nicht auf die Deutschen, oder wenigstens auf einen Theil derselben Anwendung leidet.“

Wir gratuliren! So weit hat es also der „Kulturkampf“ schon gebracht!

Kürzlich wehklagte die „Norddeutsche Allgemeine“, — was wiederum unser Braun als „gewichtige Stimme“ seinen Lesern zu Gemüth führte — daß Deutschland eine Mördergrube geworden sei. Der Braun bedauert nun diese Mördergrube mit Rothhäuten! Das macht sich ja herrlich!

Wir unsrerseits haben absolut nichts dagegen einzuwenden, wenn Bismarck's „Sauhirten“ sich selbst mit ihrem ganzen Kulturkämpferischen Anhang als Rothhäute bezeichnen! Fern sei von uns, darüber nur weiter nachzugrübeln! Sogar wenn „unser Braun“, Bismarck, Stieber, Stroußberg, Wagener, Lasker und alle sonstigen „Kulturkämpfer“ Ernst machen und sich behäufte besserer Ausbildung zu den Sioux-Indianern nach Westamerika begeben wollten, wir würden keinen aufhalten.

Aber Braun will nicht anwandern. Er will beim großen Reptilientopf bleiben, und Stieber soll ihm beistehen, daß er in Gemüthlichkeit und Ruhe aus demselben schöpfen kann. Denn er schreibt mit vollkommenem Herzen:

„Der deutsche Bürgerstand ist, Gott sei Dank, tüchtig. Er weiß, was er will. Aber er muß auch wollen, was er weiß. Er muß sich tapfer seiner Haut wehren, sonst wird er von seinen schwarzen und rothen Feinden niedergeworfen und von den falschen Freunden, welche mit diesen kokettiren, verrathen. Und wenn er dies Schicksal erleidet, dann ist dabei das Schlimmste, er verdient es nicht besser. Es geschieht ihm dann sein Recht. Weiter nichts.“

Deshalb soll er sich bei Zeit entschließen. Den Titel „Rothhäute“ soll der Deutsche nicht auf sich sitzen lassen. Er soll in Gemeinschaft mit seinen wahren Freunden sich gegen die „Rothhäute“ wehren! Thut er dies nicht, so bleibt nur eine bange Wahl, nämlich die zwischen dem Absolutismus der Hierarchie und dem Terrorismus der Kommunisten, es sei denn, daß wir uns vorher der Polizei in die Arme werfen mit dem Rothschrei: „Rette uns!“

Unbezahlfar! Also wenn der „deutsche Bürgerstand“ niedergeworfen wird, geschieht ihm Recht! Aber es soll ihm nicht „Recht geschehen“, und deshalb soll er sich schnellstens seinem „wahren Freunde“, Herrn Stieber, in die Arme werfen! Armer „Bürgerstand“!

Herr Stieber wirds ihm übrigens gern beschwören, daß er und nur er („lui, toujours lui“) der „wahre Freund“ des Bürgerstandes ist! Dieß's doch schon in den „Enthüllungen zum Kölnischen Kommunistenprozeß“:

„Das antike Rom hat seinen sterbenden Kämpfer, das moderne Preußen hat seinen schwörenden Stieber!“ (Hr. Stieber ist nämlich stark im Schwören, stärker als im Verschwören. Siehe Kölner Kommunistenprozeß.)

— Der Hundstagsstige verdanken wir folgende Kulturblüthe, die uns in einem schwäbischen „Amtsblatt für Stadt und Land“, dem „Söppinger Wochenblatt“ vom 21. d. Mts. aufsteht: „Kein Einziger ist vorhanden, der alle die Fähigkeiten und Eigenschaften, welche den großen Staatsmann und Diplomaten ausmachen, zugleich in außerordentlich großer Stärke besitzt; kein Einziger, bei dem eine solche geistige Vollständigkeit und Ebenmäßigkeit existirt. Bismarck's Geist ist der Größe und Form seines Gehirns, seiner Schädelhülle entsprechend. Letztere ist groß, hoch, breit und lang, ausgedehnt in gleicher Stärke nach allen Richtungen, in seltener, vielleicht noch nie dagewesener Harmonie. Daher ist dieser Mann ein Unicum (ein nur einmal vorhandenes Ding) an Geist und Kraft — daher ist er unerfesslich und für längere Zeit auch noch unentbehrlich.“ Und ein simpler Wöhrer-gefell mit einem simplen Papierpsopfen hat dieses „Unicum“ auf

Wochen aus Rand und Band gebracht! Kullmann mit seinem Papierpsopfen scheint sonach noch ein größeres und wunderhätigeres Unicum zu sein, als der „Unerfessliche“, dessen „noch nie dagewesene Harmonie“ wir Hr. Dr. Max Hirsch für seine tief-sinnigen Harmoniestudien empfehlen. Vielleicht entdeckt er am reichhaltigeren Schädel die Quadratur des ökonomischen circulus vitiosus (schlimmen Circels, aus dem kein Ausweg. Französisch cercle vicieux). —

Briefstieberei. Herr Stieber, der sich in Kissingen so entsetzlich blamiert hat, sucht sein geschwundenes Vestige auf einem andern Gebiet, wo er besser zu Haus und das ungeschicklicher ist, wiederzugewinnen.

„Wenn sogar die „Post“ sich nicht scheut, der bayerischen Post etwas Verdächtiges nachzulagen, so dürfen wir uns, schreibt die „Germania“, wenigstens wohl eine objectiv Beschreibung zweier Briefcouverts gestatten, die uns zugesandt sind. Das eine trägt die Adresse der Gemahlin unseres Mitredakteurs Herrn E. J. Cremer, und ist laut dem amtlichen Attest bei Entnahme aus dem Eisenbahnbriefkasten verletzt worden; die eine Ecke des Couverts, bis zur Mitte der beiden Seiten hin, ist fast vollständig abgerissen, so daß zum Verschluß drei Papierstreifen notwendig waren. Das andere Schreiben ist an Herrn Felix von Los, den Präsidenten des Mainzer Katholikvereins, gerichtet gewesen; das Couvert ist an der oberen Langseite fast vollständig und an der linken Breitseite zum Theil zerrissen und ebenfalls mit drei Streifen verklebt, von denen einer folgende Aufschrift trägt: „Beim Öffnen der Briefpakete vom Eisenbahnpostbureau zufällig (geöffnet) zerrissen und sofort amtlich verschlossen.“ Das in Klammern wiedergegebene Wort ist im Original mit der Feder durchstrichen. „Zerrissen“ ist allerdings nicht gleich mit „geöffnet“.“

So die „Germania“. Natürlich ist's purer „Zufall“, daß die Briefe geöffnet wurden. Purer „Zufall“ war's natürlich auch, daß, wie durch richterliches Urtheil konstatiert, Briefe an uns, die Redaktion des „Volkstaat“ geöffnet wurden. Der pure „Zufall“ heißt mit seinem anderen Namen Stieber.

— In Zwögen, bei Gera, ist das Kind eines Rittergutsbesizers, ein vier Jahre alter Knabe, plötzlich verschwunden und es ist keine Spur von ihm zu entdecken. Trotzdem nun doch das deutsche „Denkervolk“ aus der bekannten Affaire mit der Anna Böckler etwas gelernt haben könnte, werden schon wieder die Zigeuner für das verschwundene Kind verantwortlich gemacht, ohne daß man dafür einen anderen Anhaltspunkt hat, als den gewöhnlichen Altweltberglauben, daß die Zigeuner die Entführung von Kindern betreiben. Wir wissen den Schmerz der ihres Kindes beraubten Eltern zu würdigen; aber man sollte sich doch erinnern, daß nach dem Verschwinden der Anna Böckler, deren Leichnam schließlich in der Scheune auf dem Hofe ihres Vaters gefunden wurde, die Zigeuner überall in ganz Deutschland ungeschuldig verfolgt und verdächtigt, und daß zwei Zigeunerweiber, die nicht „eingesehen“ wollten, von einem rohen Junker blutig geprügelt worden sind. Nun wird der „Deutschen allg. Zeitung“ aus Gera über das Verschwinden des Kindes berichtet, wobei es heißt: „Die ganze Gegend ist in fieberhafter Aufregung und die armen Eltern sind der Verzweiflung nahe. Man erzählt, daß die Zigeunerbande, welche am 17. d. Mts. in Zwögen rastete, 28 Köpfe stark gewesen sei. Ein Mitglied der Truppe habe vom Gutsherrn Hafer verlangt, der habe aber, weil der Vorrath vor der Ernte knapp sei, demselben Klee und ein Geldgeschenk gegeben. Die Zigeuner sollen unzufrieden darüber gewesen sein, daß sie keinen Hafer erhielten. Die Frau des Gutsherrn war im Garten bei der Wäsche beschäftigt und hatte zwei ihrer Kinder, darunter das 3/4 Jahre alte Söhnchen, bei sich. Der Kleine war aber vor das Thor gegangen, um sich die schwarzen Gesichtser zu ansehen. Plötzlich will man einen gelben Pfiff gehört haben und kurze Zeit darauf soll das Kind vermißt worden sein. Bekanntlich wurde noch in derselben Nacht den Zigeunern nachgesehen. Man holte sie ein — allein sie hätten sich schon bei Zwögen getheilt gehabt und wären bei Dürrenberodorf nur noch 14 Köpfe stark gewesen. Von den übrigen 14 Personen sollen nur einzelne wieder angetroffen worden sein. Wir wollen nicht die Vermuthung aussprechen, daß die Zigeuner das Schicksal des Kindes geräuchert hätten; wir haben nur berichtet, was der Staatsanwalt verklündet und was man sich sonst in Zwögen erzählt. Aber Gera und Umgegend ist jetzt wiederholt von Zigeunerbanden heimgesucht worden. Abgesehen davon, daß unter diesen schwarzen Gesellen hier arge Raubereien stattfinden, an denen selbst die Frauen, Greueln und Kinder theilnahmen, ist doch so viel erwiesen, daß diese Nomaden für die Borstädte und ganz besonders für die einzelnen stehenden Häuser eine schwere Last, eine fortwährende Beforgnis sind. Denn diese Leute gehen, sobald sie merken, daß keine männliche Person im Hause ist, nicht eher fort, als bis ihre oft frechen Forderungen, die sie unter Umständen noch steigern, erfüllt werden. Merken sie aber, daß männliche Hülfe herbeieilt, so entfernen sie sich eiligst. Wer diese nomadirenden Völkchen beobachtet, dem stoßen gewiß folgende Fragen auf: 1) Verdienen die Zigeuner wirklich so viel, daß sie davon leben können? 2) Wohin gehen die Zigeunerkinder in die Schule? 3) Ist es recht, diese Leute im Gebiete des deutschen Reichs zu dulden, wenn man die Kulturbestrebungen unseres Volkes im Auge hat?“

Daß Herr Biedermann sich zum Colporteur solch nichtlösender Muthmaßungen hergibt, ist uns begreiflich, daß aber ein Staatsanwalt auf die Zigeuner eine Razzia veranstaltet, ohne daß andere Verdachtsgründe vorliegen, als die aus Schauerromanen und Kaffeestubenklatsch stammende großmütterliche Tradition vom „Kinderraub“ der Zigeuner — das erinnert bedenklich an die Zeit der Hexenprozesse. Die armen Teufel von Zigeunern, die betteln gehen und oft zum Diebstahl gezwungen sind, um ihren Hunger stillen zu können, werden kein großes Verlangen tragen, fremde Kinder großzuziehen; ihre eigenen werden ihnen nicht wenig zu schaffen machen. „Was man sich sonst erzählt“, bedeutet gar nichts, denn Jedermann weiß, wie sehr in solchen Fällen ins Blaue hinein gelogen und übertrieben wird.

Auffallend ist es, daß der Geraer Freund des Herrn Biedermann die Gelegenheit gleich zu einer solch heftigen Denunziation gegen die Zigeuner benutzte und sie sogar aus dem deutschen Reich verjagt haben will! „Wenn man die Kulturbestrebungen unseres Volkes im Auge hat.“ Sie Geraer Biedermann, „des Volkes“, nämlich, und nicht die „Kulturbestrebungen“ der Herren Bismarck, Stieber, Biedermann und Consorten, so dürfte man hier zu dem Schluß kommen, daß die „Kulturbestrebungen“ unserer Reichs-Biedermänner da aufhören, wo die Polizei anfängt!

— Der Berliner „Volkzeitung“ wird aus Sommerfeld unterm 23. Juli geschrieben: „Die Sozialdemokraten haben entschieden Pech in der Lausitz.“

Nachdem erst ganz kürzlich eine sozialistische Volksversammlung aufgelöst und der Sprecher verhaftet wurde, geschah genau dasselbe am 19. d. Dieselben entsenden jetzt den Reichstagsabgeordneten Liebknecht, welcher die Scharte auszuweihen soll. Es wird ihm indes, selbst wenn er dem gleichen politischen Mißgeschick zu gehen sollte, auch nicht gelingen. Nicht bloß die Sommerfeld, sondern die Arbeiter fast überall in der Lausitz, sind seit 3. und Tag Gewerksvereiner und die thausächlichen Vortheile, welche ihnen zumal in Bezug auf das Kassenwesen von den Gewerksvereinen geboten werden, sind so groß gegenüber den Worten der Sozialisten, daß alle Agitations-Arbeit der letzteren in der Lausitz so lange vergeblich sein wird, als sie nicht mit den Hirsch-Dunckelschen Gewerksvereinen konkurriren, d. h. den Arbeitern wirklich zu bieten können, was ihnen Noth thut.“

Zunächst wollen wir dem Correspondenten der „Volkzeitung“ die Mittheilung machen, daß unsre Parteigenossen in der Reich-Lausitz nicht im Entferntesten daran gedacht haben, den Reichstagsabgeordneten Liebknecht einzuladen, damit er „die Scharte ausweihen soll.“ Fürs Erste existirt eine Scharte gar nicht; sobald möge sich der Herr Correspondent der „Volkzeitung“ gerade Sommerfeld, wo sich erst kürzlich eine Mitgliedschaft unserer Partei gebildet hat, ein Beispiel nehmen, daß jeder Sozialdemokrat an jedem Ort und zu jeder Zeit im Stande ist, nicht nur sogenannte „Scharten“ auszuweihen, sondern auch die Richtigkeit der „Harmonie“-Lehre nachzuweisen. Ferner möge man doch ja nicht auf sehr auf die „thausächlichen Vortheile“ pochen, welche „zumal in Bezug auf das Kassenwesen von den Gewerksvereinen geboten werden.“ Thatsache ist, daß trotz der „thausächlichen Vortheile“ unter den Gewerksvereiner die Ueberzeugung immer mehr Platz greift, daß die Lehre von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ eine reine Schwindel ist.

— Gleiche Brüder, gleiche Kappen! denken, der „Volkzeitung“ zufolge, die „Kathedersozialisten“ und „Manchestermänner“ auf dem nächsten „volkswirthschaftlichen Congreß“, der am 1. August in Breslau stattfindet, soll „eine Ausgleichung angebahnt werden“, und auf dem Oktobercongreß der Kathedersozialisten sollener Commers den neuen Bund der wiedervereinigten Brüder besiegeln. Viel Vergnügen, und ein gutes „Katerfrühstück“!

— Es gibt auch noch Richter in Bayern. Der Premlieutenant Schropp in Freising, welcher bekanntlich seine Untergebenen „süddeutsche Creaturen“, blauweiße Hunde“ beschimpft und mißhandelt hatte, wurde am 26. d. vom Militärbezirksgerichte zu — einer Woche Stubenarrest verurtheilt. „Der Riß-Schweigen“, sagt Hamlet. („Zeitgeist“)

Man schreibt uns aus Berlin, d. d. 27. Juli: Folgende Beschwerde, deren Ausarbeitung durch Krankheit des Verfäßers verspätet ward, ist unter heutigem Datum einem königlichen Polizeipräsidentium zugesandt worden:

Berlin, den 27. Juli 1874.
Beschwerde wegen gesegwidriger Auflösung einer Versammlung. Der Polizeibeamte, welcher die am Montag, den 13. Juli l. bei Carus, Pringsenstraße 72, tagende Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu überwachen hatte, und dessen Sitz und Name ein lgl. Polizeipräsidentium leicht erfahren kann, hat die Versammlung, entgegen dem Sinn und Wortlaut des Gesetzes vom 11. Mai 1850, aufgelöst.

Nach § 5 dieses Gesetzes sind die Abgeordneten der Polizeibehörden zur Auflösung von Versammlungen befugt, wenn Befehinigung über die erfolgte Anmeldung nicht vorgelegt werden kann; wenn in der Versammlung Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten; oder wenn in der Versammlung Bewaffnete erscheinen, die der Aufforderung des Abgeordneten der Obrigkeit entgegen, nicht entfernt werden.

Keiner dieser Fälle liegt hier vor. Der überwachende Beamte löste die Versammlung auf mit der Erklärung, daß die Redner dieselben Tendenzen verfolgten, wie in dem geschlossenen Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, und daß er daher, seinen Instruktionen gemäß, die Versammlung auflösen müßte.

Es sind hier nur zwei Fälle möglich: Entweder hat der Beamte eine dahingehende Instruktion wirklich erhalten oder nicht. Im ersteren Falle hat der Borgefetzte, welcher die Instruktion erteilt hat, sich gegen § 357 des Strafgesetzbuchs vergränzt, welcher also lautet:

„Ein Amtsvorgesetzter, welcher seinen Untergebenen zu einer strafbaren Handlung im Amte vorsätzlich verleitet oder zu verleitern unternimmt, oder eine solche strafbare Handlung seiner Untergebenen wissentlich geschehen läßt, hat die auf diese strafbare Handlungen angeordnete Strafe verwirkt.“

Dieselbe Bestimmung findet Anwendung auf einen Beamten, welchem eine Aufsicht oder Controlle über die Amtsgeschäfte eines andern Beamten übertragen ist, sofern die von diesem letzteren Beamten bezugenen strafbaren Handlungen der zur Aufsicht oder Controlle gehörenden Geschäfte betreffen.“

Oder der Beamte hatte diese Instruktion nicht, dann hat selber gegen den § 131 des Strafgesetzbuchs verstoßen:

„Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie nicht oder entstellte sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit schädlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu 200 Thlr. oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.“

Strafbar ist der Beamte aber in jedem Falle, weil er, entgegen dem klaren Wortlaut des Gesetzes, die Versammlung auflöst und somit gegen den § 339 des Strafgesetzbuchs verstoßen hat: „Ein Beamter, welcher durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt oder durch Androhung eines bestimmten Mißbrauchs denselben Jemand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung widerrechtlich nöthigt, wird mit Gefängniß bestraft.“

Es braucht hier wohl dem klaren und durch keine Interpretation fortzuliegenden Sinne des Gesetzes gegenüber nicht weiter ausgeführt zu werden, daß die, durch die beschworene Bestimmung, Art. 27 und 29, garantierte Rede- und Versammlungsfreiheit vollständig illusorisch würde, wenn jeder subalterne Polizeibeamte wegen ihm vielleicht selber nicht verständlicher „Tendenz“ Versammlungen auflösen dürfte, ohne bestraft zu werden. Aber der beschworenen Bestimmung, welcher lautet:

„Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, Standesvorrechte finden nicht statt“, müßte dann die Ergänzung erhalten: „Polizeibeamte können wegen Verletzung des Vereinsrechts nicht Verantwortung gezogen werden und haben das Recht der Entscheidung über jede Ansicht, Meinung und Tendenz.“

Ich erlaube daher im Auftrage der Versammlung ein lgl. Polizeipräsidentium, die geeigneten Schritte bei der Staatsanwaltschaft zu thun, damit die vorgekommene Gesetzesverletzung bestraft werde; mir selber aber baldmöglichst Bescheid zu geben, damit dem

immer mehr verbreitenden Glauben, die Arbeiterpartei sei rechtslos, von uns entzogen werden kann.

Im Auftrage der Versammlung: H. Grimpe, Schriftführer derselben.

Berichtigung. Seite 47 des Protokolls der letzten Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins steht zu lesen: „Reimer: Die Broschüren müssen besser verbreitet werden. Die Wahlerfolge sind erfreulich gewesen, die Erfolge der Eisenacher jedoch nicht so hoch anzuschlagen, da in Sachsen die Partikularisten mit den Sozialen (soll wohl heißen: Sozialisten) gestimmt haben. In Holfstein haben nur Sozialdemokraten für uns gestimmt; wir haben Malheur mit unseren Kandidaten gehabt u. s. w.“ Die hier in Bezug auf uns, die sozialdemokratische Arbeiterpartei, gemachte Behauptung des Herrn Reichstagsabgeordneten Reimer ist völlig aus der Luft gegriffen: bei der letzten Wahl sind die sächsischen Partikularisten in allen Wahlbezirken entweder selbstständig oder mit den „Liberalen“ vereint gegen uns vorgegangen. Nirgends in ganz Deutschland war die Allianz aller alten Parteien gegen die Sozialdemokratie so kompakt und der Gegensatz so scharf, wie gerade in Sachsen — was bei der fortgeschrittenen industriellen Entwicklung Sachsens auch sehr natürlich.

Zum günstigen und raschen Verlauf des diesjährigen Parteicongresses haben sehr viel unsere Coburger Parteigenossen beigetragen. Die vortreffliche Organisation des Lokalkomitees bedarf einer besonders lobenswerthen Erwähnung. Ich bin überzeugt, im Namen aller Congressmitglieder zu handeln, wenn ich der vor und während der Congressberatung entfalteten Thätigkeit unserer Coburger Freunde hiermit öffentlich Dank sage.

August Geib.

Gewerkschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Braunschweig, 26. Juli. Zur Generalversammlung werden folgende Anträge gestellt: München macht zu dem bereits gestellten Antrage, Geschäftsführer betreffend, den Zusatz, daß der Geschäftsführer sowie ein Stellvertreter derselben von den Delegirten der Generalversammlung gewählt werden.

G. Schäffel in Chemnitz stellt folgende Anträge: 1) Die Generalversammlung wolle den Beschluß vom vorigen Jahre wiederholen, der dahin geht, daß jeder Bevollmächtigte verpflichtet ist, jedes Quartal eine Statistik an den Ausschuß einzusenden über Lohn, Lebensverhältnisse, hinsichtlich der Krankenkasse, über ungesunde Werkstätten und über die Arbeitszeit. 2) Da durch die Krankenkasse, sowie durch die Erweiterung der Organisation von Jahr zu Jahr dem Geschäftsführer immer mehr Pflichten auferlegt werden, möge die Generalversammlung beschließen, demselben einen festen Gehalt, welcher jedoch mit der Thätigkeit desselben zu vereinbaren ist, zu bestimmen, und zwar in jedem Quartal auszahlbar.

Die Nürnberger Mitgliedschaft stellt folgende Anträge: Zu § 24 des Gewerkschafts-Statuts wolle die Generalversammlung beschließen, die bisher alljährlichen Hauptversammlungen wegen Ersparnis der Kosten auf zwei Jahre festzusetzen, was sich zugleich auf den Vorort und sämtliche Beamte beziehen würde, weil Jeder mit einem Amte betraute in einem Jahre sich erst eingearbeitet hat und dann im zweiten Jahre eine viel leichtere Arbeit haben würde.

In Betreff des Kranken-Unterstützungsbundes stellt Nürnberg folgende Anträge: In § 2 soll es statt 50 heißen: 42 Jahre etc. § 3 soll dahin abgeändert werden: Jedes Mitglied hat bei seinem Eintritt 10 Gr. Eintrittsgeld zu entrichten; die wöchentlichen Beiträge sind auf 2 Gr. zu erhöhen.

§ 4. Die Berechtigung der Kranken-Unterstützung tritt nach Ablauf von 13 Wochen in Kraft, das erkrankte Mitglied erhält, wenn es 13 Wochen Mitglied ist, eine wöchentliche Unterstützung von 2 Thlr. und nach Ablauf von 26 Wochen 4 Thlr.

§ 9 ist dahin abzuändern, daß während der Krankheit die Beiträge fortbezahlt werden. Das Geschäftswesen des Kranken-Unterstützungsbundes betreffend wird folgender Antrag gestellt: In Erwägung, daß das Gedeihen des Kranken-Unterstützungsbundes von gewissenhafter und praktischer Leitung abhängt, wolle die Versammlung beschließen: 1) Die Wähler sind gleichmäßig einzurichten und vom Vorort an alle Mitgliedschaften zu senden. 2) Ein Geschäfts-Reglement für die Bevollmächtigten des fraglichen Bundes ist anzuarbeiten und an alle Bevollmächtigten zu senden.

Die Mitgliedschaft Braunschweig stellt folgende Anträge an die Generalversammlung: 1) Die Gewerkschaftsbeiträge wöchentlich auf 1/2 Gr. zu vermindern. 2) In Betreff des Kranken-Unterstützungsbundes stellt die Mitgliedschaft Braunschweig den Antrag: Neben dem Kranken-Unterstützungsbund eine Sterbekasse einzurichten mit dem vierteljährlichen Beitrag von 1 Gr. pro Mitglied und einem Sterbegeld von 10—12 Thlr.

An die Bevollmächtigten der Gewerkschaft der Schneider sowie des Kranken-Unterstützungsbundes richtet der Ausschuß wiederholt folgende Aufforderung: Diejenigen Genossenschaften, welche ihren Pflichten bis dato nicht nachgekommen sind, werden ersucht, im Laufe dieses Monats für die Gewerkschaft, sowie für den Kranken-Unterstützungsbund in Betreff der Abrechnung keine Sache zu machen, sowie die steuernde Mitgliederzahl für beide Theile genau anzugeben und auch dem Kassirer mitzutheilen, ob die eingekommenen Gelder für den Kranken-Unterstützungsbund bestimmt oder als Gewerkschaftsgelder zu buchen sind.

Adresse des Hauptkassirers: E. Bed, Turinerstr. 8. Adr. des Geschäftsführers: Fr. Numme, Scharrenstr. 1.

Zur Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Schneidervereins ist folgende Tagesordnung aufgestellt: 1) Rechnungsablage. 2) Erledigung der gestellten Anträge, 3) Vortrag der Vorort- und Control-Commission. 4) Wie ist die Agitation für den Verein am zweckmäßigsten zu entfalten? 5) Der Congress des Arbeitgeberbundes vom 4.—6. August d. Jahres in Dresden. 6) Wie ist der Normal-Arbeitstag in unserm Geschäft als Uebergang zur Tagelohnarbeit am leichtesten einzuführen.

Nach Beendigung der Generalversammlung findet eine öffentliche Schneiderversammlung statt. Tagesordnung derselben ist:

1) Berichterstattung über die Generalversammlung. 2) Nutzen und Zweck der Organisation. 3) Die centralisirte Krankenkasse. Kollegen, Vereinsgenossen! Nur noch wenige Wochen und wir stehen am Vorabend der Generalversammlung; es wird daher Jeder begreiflich finden, daß in den Geschäftsbüchern die Einnahmen aller Genossenschaften verzeichnet sind, damit man eine rechte Uebersicht in diesem Punkt haben kann. Vor allem im Krankenkassenwesen ist es notwendig, daß mit Ablauf dieses

Monats die Zahl der Mitglieder angegeben wird, und für die, welche am 1. März 1874 eingetreten sind, das Eintrittsgeld und der vierte Theil des Ueberschusses dem Hauptkassirer zugewandt wird. Wir erwarten, daß die Theilnahme an der Generalversammlung eine recht rege werden wird. Die Tagesordnung bietet Stoff für jeden Fachgenossen, wir dürfen daher sicher hoffen, daß die Delegirten in Massen erscheinen. Der Ausschuß wird sich so einrichten, daß die Delegationskosten auf der Generalversammlung ausbezahlt werden.

Die Generalversammlung beginnt am 16. August; wie schon mitgeteilt, sind 3 Tage dazu ausgefetzt. Das Versammlungstotal befindet sich Berggasse 1 bei Herrn Schiergott in Halle a. S. Auch wird das Lokalkomitee in Halle a. S. schon am 15. August, erkenntlich an rothen Schleifen, in 3. und 4. Klasse im Wartesaal des Bahnhofes die Delegirten empfangen. Die Delegirten der weitabgelegenen Orte mögen schon am Sonnabend die Reise antreten.

Mit Brudergruß und Handschlag und einem Glückwunsch zur Generalversammlung
Für den Ausschuß:
Fr. Numme.

Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

Braunschweig, 21. Juli. Hiermit diene allen Bevollmächtigten zur Kenntniß, daß das Protokoll des Magdeburger Unions-Congresses, sobald dasselbe in unsern Händen ist, in mehreren Exemplaren an jede Mitgliedschaft versandt wird. Ebenfalls erscheinend auch in nächster Zeit das Protokoll unserer Coburger Generalversammlung, dasselbe soll jedem Mitgliede eingehändig werden. Es ist daher nothwendig, daß alle Bevollmächtigten die Zahl der Mitglieder mittheilen, soweit dieses noch von mehreren nicht geschehen ist, damit die Auflage des Unionsblattes ebenfalls danach bemessen werden kann.

Als Vorort ist für dieses Jahr Braunschweig wieder gewählt, und bleibt auch der seitherige Vorsitzende auf seinem Posten. Als Hauptkassirer ist in letzter Mitgliedserversammlung August Klauenberg (Maurer), wohnhaft Nideckstr. 21, gewählt, als Schriftführer Carl Maywald.
Für die Verwaltung:
H. Nieke, Vorsitzender, Schöppenstedterstr. 50.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Coburg, 27. Juli 1874. Abrechnung der Strick-Einnahme: Durch Bod erhalten aus der Hauptkasse fl. 17 30; durch Bod erhalten fl. 1 45; von einer Arbeiterversammlung im Schießhause fl. 2 32 1/2; aus der Schneidewerkstelle des Herrn Reibiger durch Rürger erhalten fl. 2 12; im Arbeiterverein gesammelt fl. 2 1 1/2; durch Ublig erhalten von den Arbeitern der Druckerei des Herrn Fischer fl. 1 27; durch Engelhard erhalten von den Arbeitern der Handschuhfabrik fl. 5; durch Peter Müßig aus Offenbach fl. 5; durch Hermann Friedrich, Wiesbaden, fl. 3 30; durch Dufmann, München, erhalten fl. 1 45. Summa der Einnahme fl. 42 54. Ausgabe: Für Unterstützung der Mitglieder fl. 43 6; für Porto fl. — 24; für Druckfachen fl. 4 24; für Saalmiethe und sonstige Ausgaben fl. 4 54. Summa fl. 52 48.

Bilanz:

Einnahme fl. 42 52.

Ausgabe fl. 52 48.

Defizit fl. 9 56.

Ich spreche allen Gehern den herzlichsten Dank im Namen der Mitgliedschaft Coburg aus und bitte, falls Unrichtigkeiten in der Abrechnung enthalten sind, solche zu berichtigen. Gleichzeitig bemerke ich, daß hier viel Arbeiter gesucht werden, bitte aber, uns gestimmungstüchtige zu schicken, welche die Gewerkschaft zu kräftigen Th. Simon.

Obige Rechnung ist von uns geprüft und für richtig befunden worden.

J. Fries. E. Fischer. B. Ebert. G. Dreffel.

Metallarbeitergewerkschaft.

Braunschweig, im Juli. Gewerkschaften! Mit dem 1. Juli hat unsere Thätigkeit begonnen. Des Vertrauens, welches uns Seitens der Mitgliedschaften durch ihre Vertreter auf der Generalversammlung in Magdeburg geschenkt wurde, werden wir uns dadurch würdig zu machen suchen, daß wir entschlossenen Muthes, kräftiger denn je für die Sache der Enterbten eintreten, und uns bemühen, den Bau, zu dem schon ein gutes Fundament gelegt ist, seiner völligen Bollendung zuzuführen. Da es aber zu einem großen starken Bau vieler fleißiger Hände bedarf, so ergeht an alle Gewerkschaften der Mahnruf, uns auch nach Kräften zu unterstützen; und ist es eines Jeden heiligste Pflicht, ein paar Steine herbei zu schaffen. Zu einem guten Bau gehört aber auch ein gutes Bindemittel, welches die Steine zusammenhält, damit, wenn der raue Wind kommt, er nicht im Staube ist, unsern Bau wie die Spreu auf dem Felde auseinander zu treiben. Trachten wir dahin, daß der Bau fest werde, fest wie ein Felsen, den die Stürme, sie mögen kommen wie sie wollen, nicht zu erschüttern vermögen. Deshalb laßt uns frischen Muthes an die Arbeit gehn und nicht eher ruhen (es sei denn, daß der Tod uns trenne), bis sich unser Wahlspruch verwirklicht hat: Gerechtigkeit für Alle.

Für den Ausschuß:

E. H. Müller, Scharnstraße 22, z. 3. Geschäftsführer.

Braunschweig, 23. Juli. Von verschiedenen Seiten ergingen schon Anforderungen nach Material, Protokollen der Generalversammlung und des Unionscongresses an uns, wir waren aber bis dato nicht im Stande, diesen Wünschen gerecht zu werden, da uns erst am 20. d. Mis. das erste Material vom Ausschusse aus Chemnitz zuzuging. Es befindet sich darunter auch das Manuscript des Protokolls der letzten Generalversammlung; selbiges ist sofort in Druck gegeben und wird die Verwendung der Protokolle vor Anfang August schwerlich erfolgen können.

Was die Protokolle des Unionscongresses anbelangt, so habe ich selbige vor 14 Tagen bei York bestellt, aber bis dato noch keine erhalten. Sobald die Exemplare in unsern Händen sind, werde ich sie an die Mitgliedschaften versenden, und möchte ich auch zugleich diejenigen Mitgliedschaften, von denen uns noch keine Bestellung zugegangen ist, ersuchen, selbiges sofort zu thun, damit wir die Auflage darnach angeben können, spätere Anforderungen bleiben unberücksichtigt.

Ferner fühlen wir uns veranlaßt, die Mitgliedschaften darauf aufmerksam zu machen, bei Geldsendungen auf den Coupons, die wir als Beleg behalten, die Geldsumme genau anzugeben, und Geschäftsbriefe, die von Wichtigkeit sind, derartig zu beglaubigen, wie es im Statut vorgeschrieben ist. Damit unnützes Briefschreiben und Zeitverschwendung nicht nothwendig ist, fordern wir auch zugleich die Bevollmächtigten sowie Kassirer auf, welche durch Wechsel ersetzt sind, oder ihre Wohnung verändert haben, solches umgehend mitzutheilen, damit wir im Stande sind, die Adressen genau im „Volkstaat“ zu veröffentlichen. Für den Ausschuß:
E. H. Müller.

Für Augsburg wurden neu gewählt und sind hiermit beauftragt: als Bevollmächtigter Wilhelm Landmann, vor dem Jakob Thor, J. 133a, Kassirer Jakob Schag, Laquard G. 134. J. A.: E. H. Müller.

Braunschweig, 23. Juli. Aufruf! Da sich schon seit mehreren Wochen die Metallschläger Fürths im Streite befinden und auch eine ganze Anzahl Frauen und Mädchen mit inbegriffen sind, selbige aber bereits die äußerste Noth leiden, so fordern wir die Metallarbeiter, in erster Linie jedoch unsere Gewerkschaften sowie alle Freunde der Arbeitersache auf, sofort Sammlungen zu veranstalten, um die Darbenden wenigstens vor der äußersten Noth zu schützen.

Auf die Sachlage nochmals näher einzugehen, halten wir für überflüssig, da das Nähere schon von unsern Fürther Genossen im Nr. 78 und 82 des „Volkstaat“ mitgeteilt wurde.

Gelder wolle man an Georg Götz Radnigstr. 3 senden.
Für den Ausschuß: E. H. Müller, z. 3. Geschäftsführer.

Aufruf an die Kürschnergehilfen und an die Arbeiter überhaupt!

Als Gegenleistung dafür, daß wir durch jahrelanges Schützen ihrenbeutel füllten und es ihnen ermöglichten, sich werthvolle Fabrik-Anlagen und Alles was drum und dran hängt zu „erwerben“, und um zu zeigen, daß auch sie Etwas gelernt, haben unsere Meister, die Herren Industriellen der Rauchwaren-Branche, sich veranlaßt gesehen, uns den Puls zu fühlen; und als wir bei diesem Experiment nicht schafgebudlig still hielten, haben sie uns auf's Pfahler geworfen. Dort, meinen jene Herren, hätten wir Zeit zu überlegen, was angenehmer: ob von ihnen uns ausbeuten und obenrein den Fuß auf den Nacken setzen zu lassen, oder — zu verhungern.

Der Sachvergang ist in Kürze folgender:
Vor etwa Monatsfrist wurde den Arbeitern sämtlicher Fabriken Leipzigs und derjenigen Orte der Umgegend, wo unsere Branche vertreten ist, also in Gohlis, Pindau, Markranstädt, Reuschönfeld, Köthz, Scheuditz etc., eine Fabrik-„Ordnung“ zur Unterschrift vorgelegt. Diese Fabrik-„Ordnung“, welche im Schoße des (Meister-) „Verbandes für Rauchwaren-Industrie“ das Licht der Welt erblickte, enthält folgende Bestimmungen: Die Kündigung ist für beide Theile eine achtstägige; doch kann der Arbeiter sofort entlassen werden, „wenn er den versprochenen Leistungen nicht nachkommt“ (!), worüber — nämlich über die „Leistungen, denen er nicht nachkommt“ — natürlich nicht der Arbeiter oder eine Vertreter der Arbeiter, sondern der Fabrikant zu befinden hat. Daß die „sofortige Entlassung überhaupt erfolgt, wenn Seitens der Arbeiter den Bestimmungen dieser Fabrik-„Ordnung“ nicht pünktlich Folge geleistet wird“, ist selbstverständlich. — Ferner: „Sämtliche Arbeiter (und Arbeiterinnen) sind zur Führung eines Arbeitsbuches verpflichtet, in welches der Arbeitgeber sein Zeugniß über Führung und Leistungen des betreffenden Jahrs hineinschreibt“. Da haben wir's! Um was sich der Reichthum jahrelang herumstreitet, und was der ganze Troß des Hünflerthums mittelst Sturmpetitionen an die gesetzgebenden Instanzen erst noch zu erreichen hofft, das bringen die Herren Rauchwaren-Industrie-Verbändler kurzer Hand fertig, indem sie einen Drucker mit Anfertigung eines Plakats beauftragen, auf welchem dann diese Bestimmung „Schwarz auf weiß“ zu lesen und — zu bewundern ist.

Weiter: „Die Feststellung der Arbeitszeit unterliegt freier Vereinbarung“ — mit andern Worten: wenn's Geschäft preflist, „ver-einigen“ wir (die Fabrikanten) uns mit Euch (den Arbeitern) über eine Arbeitsdauer „bis in die Puppen“; ist das Heu herein, dann mögt Ihr zusehen, wo Ihr etwas zu verdienen und zu heißen bekommt. — Daß die Fabrikanten „für Fest- und Feiertage, an welchen nicht gearbeitet wird, keine Lohnzahlung gewähren“, ist den Arbeitern schon recht; wer heißt ihnen „die Feste feiern, wie sie fallen“. — Unrecht aber, entschieden Unrecht geschieht den Arbeitern durch den § 5, wo ihnen zugemuthet wird, daß, wenn sie „die Arbeit inmitten einer Stunde beginnen, erst von der darauf folgenden Stunde an der Lohn berechnet werden soll“. Da werden sich Viele finden, die auf eine halbe oder dreiviertel Stunde hereinfallen! — Gesungen und gepfiffen darf laut § 7 nicht werden; ebensovienig ist das Rauchen „auf Gängen und im Hause“ gestattet — bei Strafe sofortiger Entlassung. — Wir kommen nunmehr zu der wichtigsten Bestimmung dieser Fabrik-„Ordnung“. In § 9 heißt es nämlich: „Schäden, die das Personal durch Nachlässigkeit oder Muthwillen dem Eigenthum des Prinzipals oder demselben anvertrauten Waaren zufügt, müssen ersetzt werden, und unterwirft sich der Arbeiter oder die Arbeiterin dem dies-fälligen Lohnabzug. Falls es sich um einen größeren, die Hälfte des Wochenlohns übersteigenden Schaden handelt, bestimmt der Prinzipal die Höhe der wöchentlich abzubehaltenden Summe“. Das heißt denn doch jeden Groschen Arbeitslohn in Frage stellen! Wer unser Geschäft auch nur oberflächlich kennt, wird wissen, von welcher Beschaffenheit das zu verarbeitende Material oftmals ist, und daß es in 99 unter 100 Fällen lediglich vom Prinzipal oder vom Werkführer abhängen würde, zu entscheiden, ob das betreffende Stück unter der Hand des Arbeiters Schaden gelitten, oder schon ehe es dieser zur Verarbeitung überkommen. Kurz und gut: eine derartige Bestimmung schließt von vornherein jede Möglichkeit eines geregelten Arbeitsverhältnisses aus und überliefert den Arbeiter der Laune und Willkür des Fabrikanten und seiner Creaturen. — Sie mögen wohl auch geföhlt haben, die Herren Fabrik-„Ordnungs“-Verfertiger, daß es hiermit genug, übergenug sei; wie der letzte § 10 beweist, in welchem ausdrücklich gesagt wird, daß „weitere Strafen durch Lohnabstrichung nicht statthaben sollen; sondern daß sich der Prinzipal in allen Fällen, in welchen dieser Fabrik-„Ordnung“ nicht nachgekommen wird“, das Recht der sofortigen Entlassung vorbehält. — Fünfmal „sofortige Entlassung“ angedroht dafür, daß die Herren Fabrikanten so nobel sind, sich ihr Brod von den Arbeitern verdienen zu lassen! Es ist zum Ueberdruß.

Um die allseitige Einführung dieser Fabrik-„Ordnung“ herbeizuführen, haben die Herren Mitglieder des „Verbandes für Rauchwaren-Industrie“ einen „Vertrag“ geschlossen, in welchem sie sich gegenseitig verpflichten, innerhalb zweier Monate keinen Arbeiter einzustellen, welcher nicht mit einem Zeugnisse versehen ist, das den Vermerk enthält: „Ordnungsmäßig aus der Arbeit getreten“. Weiter verpflichten sie sich, die Namen derjenigen Gewerkschaften, Arbeiter oder Arbeiterinnen, welche wegen Criminalvergehen entlassen werden, sofort dem Vorstande schriftlich anzuzeigen, und denselben die Arbeitsbücher des Verbandes zu entziehen und keinen „Gewerkschaften, Arbeiter oder Arbeiterinnen in Arbeit zu nehmen, der (oder die) sich eines Criminalvergehens schuldig gemacht“. Den Schluß bildet die Bestimmung, daß bei ausbrechenden Streiks den Gewerkschaften, Arbeitern oder Arbeiterinnen der Vermerk: „Ordnungsmäßig (aus der Arbeit getreten) nicht beigefügt ist“. Das Wort „nicht“, ist im Original gleichfalls fett gedruckt; als

wollten die Herren andrücklich constatiren, daß sie auf das Ge-
setz, welches den Arbeitern die Coalition und deren Konsequenzen
garantirt, pfeifen.

Dies, Berufs- und Arbeitsgenossen, war die Bescheerung, mit
welcher uns die Herren vor 4 Wochen überraschten!

Obgleich wir es nun leider verabsäumt haben, uns bei rechter
Zeit gemeinsam zu wappnen und kampfschick zu machen gegen
den Feind, als welchen Diejenigen sich zeigen, welche uns Alles
danken, was sie besitzen, so ging doch ein Schrei der Entrüstung
ob solcher Zumuthungen durch unsre Reihen. Was den Anstren-
gungen der besten von uns nicht gelungen — die Fabrikanten
haben es fertig gebracht: wie ein Mann standen wir gegenüber
dem unerhörten Ansinnen der Herren und werden wir auch fer-
ner stehen.

Berufs- und Arbeitsgenossen! Gegen dreihalb Hundert Män-
ner haben es vorgezogen, der bittersten Noth sich zu unterwerfen,
ehe sie unter ein Joch sich beugen, in welches unverantwortliche
Herrsch- und Habguth sie spannen will. Und dabei wagen es
jene Menschen, von einer Arbeitseinstellung zu reden, die Sei-
tens der Arbeiter „mit einer Feindschaft ohne Gleichen“ ins Werk
gesetzt worden sei! „Die Streiklassen sind aber leer“; so jubeln
sie in die Welt hinaus; „und die Arbeiter werden schnell genug
einschauen, wie wichtig die Gründe waren, welche sie von der
Erfüllung unseres Willens abhielten“ — was nichts anderes heißt,
als: Der Hunger wird die Widerspänstigen bald genug zu Paaren
treiben.

Nun, wir wollen uns nicht überheben; die Zeit wird lehren,
ob wir die Sache für ebenso wichtig hielten, wie die Fabrikanten,
welche uns also, wie sie in trauriger Einsamkeit selbst gestehen,
rein des Spases halber an die Luft gesetzt haben. Unsre ledigen
Collegen ergreifen den Wambusch; und die, welche an die Scholle
gefestelt sind, suchen sich ein anderes Unterkommen. Und wenn
es auch ein bitteres Stück Brod ist, was Dieser und Jener sich
erwirbt — wir sind ja nicht herrlich gewöhnt.

Wir glaubten diese Darstellung des Sachverhaltes sowohl den
Arbeitern im Allgemeinen, wie unsern auswärtigen Berufsgenossen
im Besondern schuldig zu sein. Von den Erstern hoffen wir,
daß sie uns ihre Sympathien nicht versagen werden; unsre Collegen
aber fordern wir auf, daß sie uns in diesem Kampfe, den wir
auch für sie mit kämpfen, nicht nur thatkräftig unterstützen, son-
dern daß sie auch regen Antheil nehmen an der Organisations-
arbeit, welcher wir jetzt mit allem Fleiße obliegen. Mögen sie
mit uns zu der Ueberzeugung kommen, daß nur durch treues,
brüderliches Zusammenhalten die Ausdehnungen des Capitals
abgemehrt und eine halbwegs menschliche Existenz für den Arbeiter
zu erreichen ist.

Leipzig, 24. Juli 1874. Mit brüderlichem Gruß

Das Comité der feiernden Kürschnergehilfen.

Zuschriften u. sind zu richten an Frdr. Dertelt, Vorzing-
straße 8 in Leipzig.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter sind um Abdruck vorsehenden
Antrufs gebeten.

Correspondenzen.

Gera, 21. Juli. Vor einem viertel Jahr ist unsre Lokalpresse
um ein neues Organ, das „Geraer Tageblatt“ bereichert worden.
Dieses Blatt hat die Aufgabe, in Gemeinschaft mit der „Geraer
Zeitung“ (welche letztere seit ihrem Uebergang in die Hände eines
nationalliberalen Consortiums immer mehr dem unversälfachten
Nationalliberalismus, d. h. der Bekämpfung aller Volksherrschaft
auf politischem und sozialem Gebiete, huldigt, wohingegen das
Tageblatt in verkümmertem Liberalismus vulgo Fortschritt macht)
die Sozialdemokratie zu beschwören und zu verächtigen. In
dieser Aufgabe ergänzen sich die beiden edlen Schwestern trotz des
Haders unter einander, der nie dem Prinzip, sondern nur Personen
gilt, trübsallich. Und wenn nicht die innere Wahlverwandtschaft
dieses brüderlichen Diosturenpaars beweisen würde, so ist es das
geräuschvolle Concert, das sie zur höheren Ehre des deutschen
Reiches gemeinschaftlich anstimmen. Freilich ist dieses Vorgehen
erklärlich. Die Sozialdemokratie stört den Liberalen und Fort-
schrittler ihre Eitelkeit von der angeblichen Glückseligkeit des Volkes
und ist gewohnt, das Ding beim rechten Namen zu nennen, und
dafür gehört ihr auch „von rechtswegen“ der Haß der liberalen
Prekiosaden. Früher konnte man sich dagegen wehren, aber da
die Sozialdemokratie hier keine Waffe, kein Organ mehr hat, er-
höht das den Muth und die Zuversicht dieser Wamelnaden.

In der „Geraer Zeitung“ treten seit Kurzem so offen rea-
tionäre Tendenzen zu Tage, daß Jedem, dessen Verstand noch
nicht in Bier ertrunken ist, die Erkenntnis aufgehen mußte, was
für eine Sorte Liberalismus dort täglich abgeladen und dem
verehrlichen Publikum als preiswürdige Gesinnungswaare ange-
boten und gereicht wird. Zwar kann man wohl mit Recht be-
haupten, daß viele davon keinen Gebrauch machen und sich mit
dem Lesen der Inserate begnügen, da ja auch der größte Theil
unserer Geraer Bevölkerung intelligent genug ist, die Bier-, Wurf-
und Schweinsknöchelannoncen, als die interessanteste Geißel und
Herz erquickende Lektüre zu betrachten.

Aber auch im „Tageblatt“, das doch freiheitlich (wer es nämlich
glaubt) redigirt sein will, ist dieselbe öde Langweiligkeit und derselbe
Servilismus bei Besprechung des Bismarckattentats zu finden; nur
dann werden die Herren interessant, wenn sie sich als streitbare
Krieger von der traurigen Gestalt auf die Sozialdemokratie werfen.
So brachte das „Tageblatt“ kürzlich einen Artikel, „Bermischte
Gesellschaft“ betitelt, in dem die alte Fabel von der Allianz zwischen
Sozialdemokraten und Ultramontanen frisch aufgewärmt wurde,
aber man hatte noch ein drittes hinzugefügt, denn zu allen guten
Dingen gehören ja drei: die Feudalconservativen. Aus diesem
Wust von Börsinn greifen wir nur einen Passus heraus, nämlich
daß der Agitator à la Schweizer, also der sozialdemokratische
Agitator, (den Schweizer schlägt man und die übrigen meint
man), dasselbe Bestreben habe wie der Junker, gut leben ohne zu
arbeiten und ohne Rücksicht auf die geistige Begabung die Gelder
des Staates und der Gemeinde für sich flüssig zu machen. Das
roßt wohl auf die liberalfortschrittlichen Wanderprediger à la
Lindwurm, dessen geistige Begabung gleich Null ist. Die liberalen
Scribenten wissen sehr wohl, daß sie verleumdend; man muß aber
trotzdem Mitleid mit ihnen haben, denn wir leben jetzt nicht nur
in einer lotharischen Zeit, weil es noch keine Kartoffeln gibt, sondern
auch in einer für Redakteure lotharischen Zeit, aus der sie nur die
Bismarckaffäre gerissen und ihnen frische Gelegenheit gegeben hat,
ihre Knechtseligkeit erneuert zu beweisen. Den fortschrittlichen
und liberalen Redaktionen muß dabei zu Muth gewesen sein, als
wenn sie das große Loos gewonnen hätten. Wir sagten aber, wir
haben nicht bloß in einer lotharischen, sondern auch lotharischen Zeit;
so wie die Hausfrau jeden Morgen mit betrübter Miene fragt,
was kochen wir? und die Antwort „Hilfsfrüchte“ ist, so fragen
sich jeden Tag die liberalen Meinungsfabrikanten, wen kochen wir?
Antwort: Sozialdemokraten. Einen Tag werden sie gekocht, den

andern gebraten und den dritten gesmort, man thut etwas ultra-
montanen Sens und ein paar feuda Vorbeerbätter dazu, und so
machen diese literarischen Kochkünstler ein ganz pikantes Gericht,
das aber höchstens einem bloßen Philister munden kann, denn wer
noch einen unvorhergesehenen Magen hat, der muß sofort Neigung
zum Erbrechen bekommen, denn der Ekel ist ein Gefühl, das sich
nicht gut unterdrücken läßt. Diejenigen Kleinbürger und Arbeiter
aber, die wissen müssen, daß von der Sozialdemokratie kräftig,
muthvoll und aufopferungsfähig die Interessen des Volkes, und
ganz vorzüglich des Arbeiterstandes, vertreten worden sind, und die
dennoch die fortschrittliche Presse, die an Verläumdungskunst gegen
die Sozialdemokratie in dem oben angeführten, „Bermischte
Gesellschaft“ betitelten Artikel des „Geraer Tageblatt“ einen Pracht-
beweis liefert, als eine freiheitliche betrachten, dieselben Klein-
bürger und Arbeiter, sagen wir, befinden sich selbst in einer „Ber-
mischten Gesellschaft“, deren Hauptbestandtheil nur Grundsg und
Charakterlosigkeit ist.

Eisenach, 23. Juli. (Agitationsbericht.) Nachdem durch die
Fürsorge der Coblenzer Polizeibehörde mein Bestreben, in Coblenz
zu wirken, unmöglich gemacht wurde, bezog ich mich nach Köln,
um dort in einer Volkerversammlung zu sprechen. Von Köln aus
ging ich nach Barmen-Elsberfeld, Ronsdorf, Solingen und Cresfeld;
sämmliche Versammlungen, mit Ausnahme von Barmen, verliefen
in schönster Ordnung, und habe ich die feste Ueberzeugung ge-
wonnen, daß es nur der leidige Mangel an agitatorischen Kräften
ist, an dem wir im Rheinlande laboriren, und daß nur diesem
Mangel die verhältnismäßig geringen Erfolge unserer Partei zu-
zuschreiben sind. Mit Ausnahme von Köln, wo besonders Partei-
genosse Schuhmacher unermüdet thätig wirkt, fehlt es überall an
passenden Rednern.

Besonders in Cresfeld, Grefrath, Biersen, Süchteln scheint die
Bewegung seit den letzten Wahlen zum Reichstage sehr gelitten zu
haben. Daß in jener Gegend indeß Verständnis für unsere Be-
strebungen vorhanden ist, zeigte mir die Volkerversammlung in
Cresfeld; dieselbe war außerordentlich gut besucht, und mißlang das
Bestreben einzelner fanatisirter Katholiken, die Anwesenden gegen
die Sozialdemokratie einzunehmen, vollständig.

Daß die Volkerversammlung in Barmen nicht so verlief, wie
wir es wünschten, habe ich oben schon erwähnt, indeß will ich
doch gerne gestehen, daß die in überwiegender Majorität anwe-
senden Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins sich
anständig verhielten. Indes fehlte es leider nicht an Reibereien
und Verleumdungen, wie alle, in denen solche Streitig-
keiten vorkommen, resultatlos für beide Theile. Eine in Cassel
auf meiner Durchreise nach Coburg beabsichtigte Parteiversammlung
konnte leider, aus verschiedenen Gründen, nicht stattfinden.

J. Auer.

Forst, 21. Juli. Am Sonntag, den 19. Juli fand in Som-
mersfeld wieder eine Volkerversammlung statt, in welcher Herr Hei-
land aus Berlin über „die Bestrebungen der Sozialdemokratie“
referirte. Der staatsrechtliche Herr Bürgermeister Saebisch war
auch diesmal wieder an der Spitze seiner ganzen Polizeimann-
schaft erschienen, und wunderte sich nicht wenig, als er Unter-
zeichneten wieder in den Saal treten sah. Als ich nun die Ver-
sammlung eröffnen wollte, fragte der Herr Bürgermeister, ob ich
der Einberufung und Leiter sei und wie der Referent heiße; als ich
ihm hierüber Auskunft ertheilt hatte, setzte er sich in seinem Leh-
stuhl zurecht und erwartete mit Ungeduld den passenden Moment.
Dieser schien sich ihm zu bieten, als der Redner in seinem fast
25stündigen Vortrage endlich über unentgeltliche Rechtspflege sprach.
Da sprang der Staatsreiter auf und erklärte die Versammlung
für aufgelöst. Der gute Mann sucht also Herrn Teßendorf noch
zu überbieten und die Gründung einer Mitgliedschaft unserer
Partei zu verhindern, was aber vergebliche Mühe ist, denn diese
hat sich doch trotz aller Auflösung gebildet. Die Ausführungen
Heilands fanden allgemeinen Beifall, und wie recht H. hatte, als er
über die unentgeltliche Rechtspflege äußerte, daß bei den jetzigen
Zuständen der Arbeiter oft sein Recht aufgeben muß, weil er
sich keinen Rechtsanwalt annehmen kann, möge folgender Fall be-
weisen. Am 11. Mai Abends in der zehnten Stunde wurde der
Fleischergehilfe Friedrich Köse in Forst, welcher mit Vieh nach
Hause zurückkehrte und das Vieh nicht weiter zu bringen vermochte,
von dem Polizeieinspeltor Kranz und Polizeiergeant Vujader ver-
haftet. Den andern Tag hieß es, Ulfse habe sich erhenkt. Das
schien allen, die Ulfse gekannt hatten, ungläublich, und als nun
einige Freunde, darunter auch Unterzeichnete, sich die Leiche an-
sahen, war dieselbe mit braun und blauen Flecken ganz bedeckt,
die Gesichtstheile waren angeschwollen, mit Blut unterlaufen
und zeigten wunde Flecke. Das gab der Vermuthung Raum, daß
hier ein Verbrechen vorliege und wurde von dem Vater des Ulfse,
welcher bereits 74 Jahre alt ist und in diesem Jahre schon drei
Söhne verloren hat und in Lieberose bei Frankfurt a. O. wohnt,
die Untersuchung beantragt. Diese wurde aber in die Länge ge-
zogen, so daß über sechs Wochen vergingen, ehe die Leiche ausge-
graben und untersucht wurde. Ich glaube, die Ausgrabung wäre
noch nicht erfolgt, wenn ich nicht dem vereideten Gefangenen-Arzt
Dr. Köben, welcher in einem früheren Termin angegeben hatte,
daß er die Leiche untersucht habe und nichts Verdächtiges an ihr
bemerkt habe, in einer Eingabe an den Staatsanwalt in Sohrau
durch Zeugen nachgewiesen hätte, daß er die Leiche nur angesehen
habe, die Beschaffenheit derselben sich aber von der Leichen-
wäscherin habe mittheilen lassen. Und trotz all diesem wurde die
Untersuchung nur von dem Jrenarzt in Sohrau und Dr. Köben
in Forst vorgenommen, der Vater davon auch gar nicht benach-
richtigt, obgleich er verlangt hatte, zuzugegen sein zu dürfen. Es
kann da auch gar nicht befremden, wenn die Untersuchung kein
Resultat hatte. Robert Wobusa.

Briefkasten

der Revolution: A. Schulz in Sommersfeld: Heiland selber hat über
die Versammlung einen Bericht geschrieben. — B. in Leipzig: Sie fragen,
ob der Fabrikant Julius Blüthner das Recht habe, das Rauchen in den
Fabrikräumen bei Einem Thaler Strafe zu verbieten, wo er doch
selber raucht wie ein „Stadtsoldat“. Er freilich hat er das Recht, denn
wie es scheint, lassen Sie und Ihre Mitarbeiter sich die Strafbestimmung
ruhig gefallen. Damit wollen wir Ihnen jedoch keineswegs gerathen
haben, für Ihre Person gegen die Strafbestimmung zu opponiren.
Hier müht nur sozialer Widerstand.

der Expedition: M. Wilmh. Nowames: die Colporteurstelle ist ver-
geben, was im Briefkasten des „S. S.“ schon mehrmals mitgetheilt wurde.
— J. Str. Hohenstein: Ihre erste Correspondenzkarte mit Bestellung
haben wir nicht erhalten. — Rmn Dresden Schrift 22 Gr. 5 Pf. —
Knd hier Ab. 6 Gr. — Stgr New-York Ab. 3. D. 16 Gr. — A. Zf
Wien Ab. 3. D. 12. — Pns Berlin Ab. 3. D. 16 Gr. —
Hunn Grefrath Schrift 12. — Drg Thalheim Schrift 9 Gr.
— Schwk Mannheim Schrift 11 Gr. — Holzarb.-Gewerksch. Berlin Ann.
12. 28. — Fachverein d. Spengler Wien Ab. 3. D. 12. 28. —
String Sendebausen Schrift 9 Gr. 5 Pf. — S. Rdnbg Schrift 12. 10.
— Arb.-Verein Gohlis Ann. 12. 1. 6. Schrift 12. 1. 21. 5. — Dert
hier Ann. 14 Gr. — A. Zflr Neusy Ab. 3. D. 12. 1. 21. — F.
Wgl Berend Schrift 7 Gr. 4 Pf. — W. Zflr Dresden Ann. 19 Gr.

Ab. 12. 15. — 2. J. Berlin Schrift 12. 3. 27. 5. — G. Jf. Dresl.
Ann. 12. 1. 8. — Gndrg Cöln Ann. 26 Gr., Ab. 12. 22. — Ag-
Comité Forst Ann. 11 Gr. — Rndg Uelertorf Schrift 8 Gr. 8 Pf.
— Gewerkschaft der Schneider Braunschweig Ann. 6 Gr. — Stöbrg Cöln
bei Reizen Ab. 5 Gr. — Jf. Schmbt Brandenburg Ab. 12. 1. —
Arbeiter-Verein Alsfäden 4 Gr. für ? — J. Ende Augsburg Schrift
12. 5. 6. 5. Ann. 18 Gr., Schym.-Gewerkschaft das. Ann. 18 Gr.,
Arb.-Ber. das. Ann. 28 Gr., Schur u. Schaf das. Ann. 5 Gr. — Schlg
Rudolfstadt Schrift 12. 1. — E. Gröbrg Rdnberg Schrift 12. 8. 20. 5.
— Wrl das. Schrift 12. 6. 17. 3. — Schlg Hamburg Schrift 12. 20.
Ab. 12. 7. 3. — A. Smm Altona Ab. 2. D. 12. 17. 11. 5. Ann.
17 Gr. — A. Sg Hamburg Schrift 12. 2. — Rndg hier Ab. 16 Gr.
Schrift 3 Gr. 4 Pf. — Rri hier Schrift 12. 3. — Ras Walthheim Ann.
16 Gr. — Fcht Cottbus Schrift 25 Gr. — St. Ugenz Algraisla Schrift
12. 1. 21.

Fond f. pol. Gemafregelte.

Dom Soz.-dem. Arb.-Verein hier d. R. 12. 22. 5, v. R. hier
12. 1, v. Hüberer u. Forst in Reichenbach 10 Gr.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Altona Sonnabend, den 8. August 1874:

Italienische Fest-Nacht und Ball

mit brillanter Garten-Beleuchtung und Feuerwerk im „Hamburger
Colosseum“ am Langensfelderbamm in Elmshüttel. Anfang Abend 8 Uhr.
Das Comité.

Berlin Sonnabend, 1. August: Krankenkassen-Versammlung.
E. Rieder.

Berlin Sonnabend, den 1. August, Abends halb 9 Uhr: Ver-
sammlung Andreasstraße 26, bei Mittel. — Tagesordnung: Vortrag
des Herrn Heiland. S. Lemke.

Barmen-Elsberfeld Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Die Mitglieder beider Städte werden
zu einer am Samstag Abend von 8—9 Uhr bei J. Knevels, alter
Markt, Barmen, stattfindenden geschlossenen Mitgliederversammlung
eingeladen. — L.-D.: 1) Desinitive Wahl eines Barmer Vertrauens-
mannes. 2) Wahl zweier Mitglieder für das Rhein-Westfäl. Agitations-
Comité.

Von 9 Uhr ab: Öffentliche Mitgliederversammlung. — Für
die geschlossene Versammlung sind Karten vorzuzeigen.

Einem frühzeitigen zahlreichen Besuch sieht entgegen
Der prov. Vertrauensmann: Rud. Böhm.

Chemnitz Allgemeiner deutscher Schneiderverein.

Am 18. dts. Mts., Abends 10 Uhr, verschied nach
langen, schweren Leiden unser treuer und bewährter Freund Hermann
Weck im Alter von 23 Jahren. Dieses allen Genossen zur schuldigen
Nachricht. G. Schöffel, Beoolm., Bernsbachstr. 23, 3 Tr.

Cöln Unterzeichnete empfiehlt sich zur Verorgung aller sozial-
demokratischen Zeitchriften, Bücher und Broschüren und ver-
spricht billige und pünktliche Bedienung.

Gustav Heinrichs, Colporteur, gr. Griechenmarkt 52B.

Frohburg Sonntag, den 9. August, bezieht der Volksverein
sein diesjähriges Stiftungsfest, verbunden mit Concert,
Vorträgen und Ball, und laden wir hierdurch Fremde und Partei-
genossen dazu ein. Das Comité. J. A.: Karl Altwein.

Glauchau Sonntag, den 9. August, soll in den schönen Garten-
localitäten des Theaterlocales ein

Großes öffentliches Arbeiterfest

abgehalten werden und laden wir hierzu die Parteigenossen von Nah
und Fern zu recht zahlreichem Besuche freundlichst ein.

Programm: Früh 6 Uhr Arbeiterwacker durch die Stadt. Nach-
mittag 3 Uhr Concert und Festrrede event. Festauszug. Abends Ball.
Das Festcomité.

Hamburg-Altona-Wandsbek-Harburg.

Sozialdemokratische Arbeiterpartei.

Sonnabend, den 1. August, Abends präcise halb 9 Uhr: Ver-
sammlung bei Hansch, Schauenburgerstraße 14. — Tagesordnung:
Wahl des Partiausschusses.

Die Parteigenossen zu Altona, Hamburg, Harburg und Wandsbek
haben gegen Verzeigung der Mitgliedsliste Zutritt. Jacoby, Jr.

Hamburg und Umgegend Genossenschaftsbuch-
druckerei zu Leipzig.

Sonnabend, den 1. August, Abends 10 Uhr bei Hansch, Schauenburger-
straße 14: Wahl des Aufsichtsraths.

Der Antheilschein ist vorzuzeigen. Rud. Praack, Weib.

Hamburg Verband der Komponen und verw. Berufsgenossen.

Sonnabend, den 1. August, Abends halb 9 Uhr:
Geschlossene Mitgliederversammlung

bei Herrn Schardt, Schoppensteil 22. — Tagesordnung: Abrechnung-
Diskussion über das Protokoll der diesjährigen Generalversammlung.
E. Stoffel, Sec.

Kleinzschocher Demokratischer Arbeiterverein.

Sonnabend, den 1. August, Abends 8 Uhr
bei Lange: Öffentliche Mitgliederversammlung.

L.-D.: Die Arbeiterbewegung Ref. Kanert. — Gäste willkommen.
Der Vorstand.

Leipzig Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Sonnabend, den 1. August: Versammlung Windmühlen-
straße 7. — Sozialer Wochenbericht von Schamer.

Leipzig und Umgegend Metallarbeiter-
Gewerkschaft.

Montag, den 3. August: Versammlung bei Fröhlich, Nicolaisstr. 38.
Tagesordnung: 1) Der Fürth-Münzberger Str. 2) Durchsicht
des Unionsstatuts. — Um zahlreiches Erscheinen bittet
D. B.

Leipzig und Umgegend.

Sonntag, den 2. August 1874:

Internationaler Spaziergang nach Lnthra.

Abmarsch punkt 1 Uhr in Seilenhainers Restauration zu Lindenau.
Zahlreiche Theilnahme erwarten. Die Zugführer.

Abmarsch in Schleusig 1/2 Uhr. Abmarsch in Groß-Schocher vom
Donaths Restauration punkt 2 Uhr.

Nowawes Sonnabend, den 8. August, von Nachmittags 5 Uhr
ab:

Allgemeines Arbeiterfest

bestehend in Concert, Festrrede, Deklamationen und Ball, in den Locali-
täten des Herrn Schwarz, Lindenstraße 12.

Entré 2 1/2 Gr. Herren die am Tanze theilnehmen, zahlen 5 Gr. nach-
Gesinnungsgenossen von Nah und Fern sind herzlich eingeladen.
Das Comité.

Bei meiner heutigen Abreise nach Sommerwohnung Plöbensee men-
nen lieben Freunden und Parteigenossen ein herzliches Lebewohl. Am
27. October hoffe ich, die Nachricht zu erhalten, daß der „Volksstaat“
1000 Abonnenten mehr in Berlin hat.

A. Heinsch, Köpenickerstr. 26, 3.

Das Verkehrslokal und Arbeitsnachweis-Bureau der Schuh-
macher für Lindenau, Plagwitz und Umgegend befindet sich jetzt in der
Langeischen Restauration „Goldner Stern“, Poststraße zu Lindenau.
Die Gewerkschaft der Schuhmacher.

Leipzig: Secantio. Redakteur: M. Preißer. (Redaktion und Ex-
pedition Reiserstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei